

Nie wieder Krieg – ohne uns!

Stell dir vor, sie geben Krieg, und jeder nimm'ts hin! Seit dem 1. September 1995 führt die Bundesrepublik Deutschland – mit anderen – einen Interventionskrieg. Somalia und Kambodscha waren nur Etappen auf dem Weg zum Ziel. Auch ohne nüchterne Analyse – es reichte schon, bei den entsprechenden Absichtserklärungen der deutschen Führung nicht wegzuhören – war mir das eigentlich klar gewesen ... im stillen dachte ich dennoch: Sie wagen's nicht. Aber mit solcherlei Bedenklichkeit muß ich wohl ziemlich allein gestanden haben; der Kriegseintritt war gerade einen Tag lang Schlagzeilen wert.

Seit 1989 ist diese Gesellschaft einer atemberaubenden Revision ihrer eigenen ideologischen Grundlagen unterworfen: Die ökonomische "Weltmacht" Deutschland formiert sich, um ihre ökonomischen Interessen auch mit richtiger Macht, die halt aus den Gewehrläufen kommt, durchsetzbar zu machen. Der verlorene Krieg mit der Zerschlagung des Deutschen Reiches und der vom Besatzungsrecht gottlob eingeschränkten Souveränität (ich bin nämlich meistens durchaus Gegner des nationalen Selbstbestimmungsrechts) – das wurde so rasch es ging überwunden und für überwunden erklärt. Ich weiß nicht, wie viele Menschen in den Nachbarländern des neuen Deutschlands aus Angst vor diesem buchstäblich gestorben sind. Ich vermag aber abzuschätzen, wie viele Menschen in Deutschland bereits getötet, verletzt, terrorisiert worden sind, seit sich die Auslandsfeindlichkeit der deutschen Politik in der Debatte um den "Standort Deutschland" und in dem Pochen auf weltweite Krisenregulationszuständigkeit geäußert hat und von den Dümmeren der Untertanen kurzerhand in Ausländerfeindlichkeit umgesetzt wurde.

Und ist die – bestimmt zufällige – Treffsicherheit, mit der die deutsche Politik per Datumswahl historische Kontinuitäten herzustellen vermag, schon Tollheit, hat es doch Methode. Der Reichsmuertag am 9. November 1989, mit dem alles anfang, hat rechtzeitig zum 51. Jahrestag die Erinnerung an jenes staatlich inszenierte Pogrom bewältigen helfen. An einem weiteren 51. Jahrestag, dem 6. April 1992, als sich die Bombardierung Belgrads durch die deutsche Luftwaffe jährte, hatte der Bundesaußenminister durchgesetzt, daß die EU Bosnien–Herzegovina als unabhängigen Staat anerkannte. Das war der offizielle Startschuß für die nachher beklagten Massaker. Und der Kriegseintritt Deutschlands – das ist sogar von den Medien

nicht vollständig verschwiegen oder umgelegen worden – fiel just auf den 56. Jahrestag des letzten Kriegseintritts Deutschlands.

Bereits das zweite Datum verweist auf die Verantwortung der deutschen Politik für die Tausende Tote im zerfallenen Jugoslawien. Im Alleingang hatte die Bundesrepublik gegen den Widerstand der Rest-EU die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens forciert und damit den beginnenden Bürgerkrieg angeheizt. Nicht zuletzt deutsche Waffen, aus "abzwickelnden" NVA-Beständen, haben über Ungarn den Weg nach Kroatien gefunden und rüsten das befreundete, offen an den Faschismus anknüpfende Regime auf. Der Feind ist der gleiche wie in den Weltkriegen zuvor und in der veröffentlichten Meinung wird er auch auf diese Weise behandelt: "Serbien muß sterben!" Und eine freiwillig gleichgeschaltete Presse veröffentlicht jede Greuelnachricht, wenn's nur diesem Zweck diene.

Erinnert sich noch jemand an den Vorwurf, serbische Ärzte hätten weiblichen Gefangenen Tierembryos eingesetzt? Öffentlich verkündet von den Reisenden in Sachen "Humanitärer Intervention". Erinnert man sich noch an den tapferen jungen CDU-Hinterbänkler Schwarz und seine Horrorstories? In abschreckender Erinnerung geblieben ist allenfalls mit ihrem Vorsitzenden Zülch die Gesellschaft für verrohte Völker, die in der jüngsten Ausgabe von *Pogrom* den ehemaligen NATO-Heeresgruppenchef Hanno Graf von Kielmansegg zum Krieg gegen die völkermordenden Serben aufrufen läßt.

In der Zeitschrift *Publik-Forum* v. 22.9.95 hat der Friedensforscher Johan Galtung eine etwas abweichende Sicht geäußert, aus der – mit vorsichtiger Formulierung – seine Geringschätzung der deutschen Presse spricht: *Es gibt einen Brief des damaligen UNO-Generalsekretärs Perez de Cuellar an den damaligen deutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher, worin de Cuellar diesen dringend bittet, einen Alleingang zu unterlassen, weil man nicht einen Teil anerkennen könne, ohne ein abgestimmtes, verhandelbares Konzept für das Ganze zu haben. Wir wissen, daß Genscher nicht gewartet, sondern ein ziemlich arrogantes Antwortschreiben verfaßt hat. Ich glaube, wenn dieser Briefwechsel veröffentlicht würde, könnte das ein guter Schritt zum Verständnis der Brisanz dieses Problems und der deutschen Verantwortung sein. Das wäre auch ein Beweis für die wirkliche Pressefreiheit in Deutschland ohne Selbstzensur.*

Im Januar 1993 hatte im *ARD-Presseclub* David Binder, Korrespondent der *New York Times*, erklärt, daß im Falle man Kriegsverbrechensverfahren etwa gegen Milosevic und Karadzic anstrebe, er "Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher auch auf die Liste der Kriegsverbrecher setzen" würde (zitiert nach *konkret* 3/93, S. 12). Dem ließe sich natürlich noch etwas hinzufügen – nämlich der Name "Klaus Kinkel".

Ist das hier an dieser Stelle eigentlich von Belang? Gehört das in eine Zeitschrift, die sich *südostasien informationen* nennt?

Diese Zeitschrift und die Arbeit des Vereins, der sie herausgibt, ist immer Teil dieser Gesellschaft gewesen und hat versucht, in ihr aufklärerisch zu wirken. Die Arbeit der Informationsstelle war immer darauf bedacht, keine Einbahnstraße der Information zu sein, sondern mit den Partnerorganisationen in Südostasien die gesellschaftlichen Bedingungen unserer jeweiligen politischen Arbeit zu reflektieren. Und dazu gehörte z.B. auch die Einschätzung des Bosnien-Konflikts. In der Ausgabe 2/93 wurde u.a. der prominente malaysische Menschenrechtsaktivist Chandra Muzaffar mit seiner islamistischen Argumentation für eine Intervention des Westens dokumentiert – einer Argumentation, in der sich seine regimerefreundliche "Wende" bereits deutlich ausdrückte. In der Ausgabe 3/93 lieferten Jürgen Maier und Frithjof Schmidt Pro und Kontra zum Thema militärische Intervention ab und zeigten den Verlauf an, den diese Debatte in der Partei *Bündnis 90/Die Grünen* nehmen würde.

Und das ist ein weiterer Grund, hier, an dieser Stelle den deutschen Kriegseintritt zu kommentieren. Die Entwicklung der Grünen hin zur "Regierungsfähigkeit", zum schick gewordenen "Willen zur Macht" trifft eine ohnehin ziemlich begriffslos dahintorkelnde "Solidaritätsbewegung" im Innersten, hat man sich doch so lange positiv auf diese Partei bezogen. Hat man doch so lange ein Selbstbestimmungsrecht für unterdrückte Völker gefordert bis man sich nicht mehr recht auskannte mit dem Phänomen, daß es vom Zeitpunkt seiner Durchsetzung an zum Selbstbestimmungsrecht für unterdrückende Völkische wurde. Hat man doch so lange von der Zivilgesellschaft geschwafelt und davon, daß Menschheitsfragen und nicht mehr Klassenkämpfe auf der Tagesordnung stünden, so daß die Begriffe fehlen und es zum Begreifen nicht mehr reicht.

Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen, es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten. (Helmut Kohl, Regierungserklärung v. 30.1.91; zitiert nach *konkret* 8/92, S. 22)

Sie machen nichts anderes als das, was sie uns gesagt haben. Wenn man in dieser Gesellschaft, muß man schlicht zur Kenntnis nehmen: Unsere zukünftige politische Arbeit findet im Rahmen eines Staates statt, der weltweit militärisch zu agieren bereit ist. Und schon allein die Fairneß im Umgang mit unseren Partnerorganisationen in Südostasien verlangt es, diese Erkenntnis nicht zu verdrängen.

Klaus Marquardt



Realos und Gemäßigte haben ihre...

... Positionen angenähert.